

Bundestag hat Staatsschuldenkrise im Blick

Nur eine Stabilitätsunion schafft neues Vertrauen der Märkte

Die Beteiligung des Deutschen Bundestages im Kampf gegen die europäische Staatsschuldenkrise funktioniert. Die christlich-liberale Koalition hat der Bundeskanzlerin für die in der kommenden Woche anstehenden Herausforderungen im Europäischen Rat den Rücken gestärkt. Schon zuvor hatte der Haushaltsausschuss am Montag den Leitlinien zum EFSF mit zwei Maßgaben zugestimmt.

In der Debatte zum nächste Woche anstehenden EU-Gipfel machte sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Stefan Müller klar, dass die Staatsschuldenkrise nicht über Nacht entstanden und deswegen auch nicht über Nacht zu lösen sei. Der Krise sei aber bislang mit den jeweils richtigen Antworten begegnet worden. Mit Zustimmung aller großen demokratischen Parteien habe der Bundestag Hilfspakete geschnürt, Rettungsschirme aufgespannt und im Gegenzug die Krisenstaaten zu harten Sanierungsprogrammen gebracht.

Finanzhilfen in Form von bilateralen Krediten und Gewährleistungen stellen die Zahlungsfähigkeit der Krisenländer sicher. In erster Linie dienen sie jedoch auch dazu, eine flächendeckende Ansteckung zu verhindern und die Stabilität des Finanzsystems insgesamt zu sichern. Mit Interventionen der EZB und mit den genannten Hilfspaketen werden die Zinsaufschläge in den Krisenstaaten begrenzt und eine Ansteckung wird verhindert.

Allerdings könne damit das Kernproblem der gegenwärtigen Krise nicht gelöst werden, denn dies sei das verloren gegangene Vertrauen der Finanzmärkte. Die Rückgewinnung dieses Vertrauens zu erreichen sei der richtige Weg zur Krisenbewältigung, so Stefan Müller. Deutschland strebe dazu

Änderungen der EU-Verträge an, erläuterte die Bundeskanzlerin: „Wir müssen die Fundamente der Wirtschafts- und Währungsunion nachhaltig stärken.“

Gemeinsamen Staatsanleihen der Euro-Länder erteilten sowohl Dr. Angela Merkel als auch Stefan Müller in der Debatte erneut eine Absage. Gesamtschuldnerische Euro-Bonds eröffnen den Weg in eine europäische Haftungs- und Transfer-Union. Euro-Bonds würden den Konsolidierungsdruck in allen Mitgliedstaaten entscheidend mindern. „Eines geht nicht: Dass in Europa alle feiern bis zum Umfallen und wir die Zeche bezahlen“, brachte es Stefan Müller in der

Debatte zum Euro-Gipfel auf den Punkt. Statt Euro-Bonds seien vielmehr in allen Mitgliedstaaten

rechtliche Verschuldungsgrenzen in Anlehnung an unsere Schuldenbremse notwendig. Diese muss und wird sich zu einem Exportartikel entwickeln. Spanien geht dort mit gutem Beispiel voran.

Auch die immer wieder erhobene Forderung nach einer grenzenlosen Ausweitung der Aufkäufe der EZB auf den Anleihemärkten ist abzulehnen. Der Aufkauf von Anleihen führt über kurz oder lang zu einer Ausweitung der Zentralbank-Geldmenge und damit zum Aufbau eines wachsenden Inflationspotentials. Inflation als Mittel der Bewältigung der Schuldenkrise kommt für die Koalition nicht in Frage.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Wer am lautesten schreit, hat längst nicht immer recht. Die Grünen sind mit ihrer Blockade gegen das Zukunftsprojekt Stuttgart 21 am Volk gescheitert. Die deutliche Mehrheit der Menschen ist nicht gegen Fortschritt, sondern dafür. Darüber kann es seit Sonntag nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung keinen Zweifel mehr geben. Ein Jahr lang hat grüne Politik das Projekt blockiert und die von einigen Menschen durchaus sachlich vorgetragenen Befürchtungen für ihre parteipolitischen Zwecke instrumentalisiert und Wut geschürt. Jetzt gilt es, die verlorene Zeit beim Projekt Stuttgart 21 aufzuholen.



Auch der Bundestag hat sich in einer Aktuellen Stunde zum Thema „Standort Deutschland sichern - Stuttgart 21 zügig umsetzen und geplante Mehrbelastung für den Mittelstand durch grüne Steuerpolitik“ mit den fatalen Folgen dieser Politik beschäftigen müssen. Mit den Beschlüssen des Parteitag wollen die Grünen die Axt an die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland anlegen. Unter Sparen und Konsolidieren versteht die Partei nur Steuern erhöhen und Leistungsträger abkassieren.

Und noch etwas wurde auf dem Parteitag und im Bundestag deutlich: Selbst die Parteispitze pflegt eine fatale Nähe zu gewaltbereiten Linksautonomen. Während diese beim Castor-Transport unsere Polizisten mit nägelschleppenden Golfbällen bewerfen, spricht die Grünenvorsitzende Claudia Roth mit Blick auf die zum Schutz des Transportes notwendige Polizei von „Gewalt gegen die Demokratie“. Für diese Bemerkung erwarte ich eine Entschuldigung. Den Polizisten gebührt unser aller Dank für ihren gefährlichen Einsatz. Den Grünen gebührt die Rote Karte!

Mit freundlichen Grüßen



Gerda Hasselfeldt MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

**Exportschlager
Schuldenbremse**

Verbraucherschutz

Schnell und einfach zu Informationen

Die christlich-liberale Koalition hat mit der Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes die Informationsrechte der Verbraucher gestärkt und trotzdem die berechtigten Interessen der Unternehmen im Blick behalten. Die Bürger können künftig schneller, kostengünstiger und unbürokratischer Verbraucherinformationen von Behörden erhalten.

Die jetzt vom Bundestag beschlossene Gesetzesnovelle aus dem Verbraucherschutzministerium von Ilse Aigner bringt den Bürgern einen Anspruch auf noch umfassendere, einfachere und schnellere Informationen über Kenntnisse, die den Behörden vorliegen. Und: Künftig gibt es den Informationsanspruch für alle Verbraucherprodukte, also neben Informationen zu Erzeugnissen wie Lebensmitteln, Spielwaren und Kosmetika gibt es künftig beispielsweise auch Auskunft über Haushaltsgeräte oder Möbel. Dabei können alle Informationen einfach und bequem angefordert werden, weil dies jetzt auch telefonisch oder mit einer formlosen E-Mail als Antrag möglich ist. Außerdem werden die Antworten deutlich

schneller kommen, denn das Anhörungsverfahren bei der Beteiligung betroffener Wirtschaftsunternehmen und die Regelungen über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse werden gestrafft und effizienter ausgestaltet.

Mit dem Gesetzentwurf werden außerdem Konsequenzen aus den Dioxinfunden Anfang 2011 gezogen. Behörden sind in Zukunft verpflichtet, alle Rechtsverstöße durch Grenzwertüberschreitungen zwingend zu veröffentlichen. Auch bestimmte sonstige Verstöße zum Beispiel gegen Hygienevorschriften oder den Täuschungsschutz werden unter bestimmten Voraussetzungen in Zukunft veröffentlicht. Diese Maßnahmen erhöhen die

Transparenz und ermöglichen ein schnelleres Handeln im Krisenfall. Dies nutzt auch den Unternehmen, denn schwarze Schafe können eine ganze Branche in Verruf bringen.

Kosten für die anfragenden Bürger entstehen künftig nur bei sehr hohem Arbeitsaufwand der Behörden. Dabei sind Anfragen bis 250 Euro vollständig kostenfrei, bei Rechtsverstößen sogar bis 1.000 Euro. Sollten diese Beträge überschritten werden, wird dem Verbraucher vorab ein Kostenvoranschlag erstellt. Damit sorgt die christlich-liberale Koalition auch auf diesem Gebiet für Klarheit und Sicherheit. Kein Verbraucher wird zukünftig mehr durch hohe Verwaltungskosten abgeschreckt.

Diese Woche

Bundestag hat Staatsschuldenkrise im Blick Stabilitätsunion schafft Vertrauen der Märkte	1
Verbraucherschutz Schnell und einfach zu Informationen	2
Beamte, Richter und Soldaten haben Beitrag geleistet Kürzungen nach sechs Jahren beendet	2
Koalition erreicht bessere Versorgung der Patienten Gegen den Landarztmangel	3
Arbeitsmarkt Auf Rekordkurs	3
Kongress der Unionsfraktion Afghanistan auch nach 2014 im Blick	4
Kundus-Untersuchungsausschuss Aufarbeitung abgeschlossen	4
Innere Sicherheit Visa-Warndatei kommt	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Christian Zentner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Beamte, Richter und Soldaten haben Beitrag geleistet

Kürzungen nach sechs Jahren beendet

Die christlich-liberale Koalition hat die seit 2006 geltende Kürzung der jährlichen Sonderzahlung für Beamte und Richter des Bundes rückgängig gemacht. Die Zahlung wird ab 2012 von 30 Prozent des Monatsbezugs wieder auf 60 Prozent angehoben. Die Beamten, Richter und Soldaten haben in den vergangenen sechs Jahren rund drei Milliarden Euro für den Bundeshaushalt eingespart.

Es war eine Initiative der Fraktionen von CDU/CSU und FDP, die den Beamten und Richtern des Bundes sowie den Soldaten ab dem kommenden Jahr wieder mehr Weihnachtsgeld beschert. Die Aufhebung der seit dem Jahr 2006 geltenden und im Jahr 2010 noch einmal verlängerten Halbierung der jährlichen Sonderzahlung wird auch von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich unterstützt, dessen Ministerium bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes beteiligt war: „Ich begrüße diese Koalitionsinitiative ausdrücklich. Deutschland hat trotz aller anhaltenden Schwierigkeiten in Europa die Krise besser gemeistert, als es noch im Frühjahr 2010 absehbar war.“ Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung seien nun zu Recht auch die Beamten und Richter des Bundes

sowie die Soldaten anerkennend berücksichtigt worden, so der Bundesinnenminister: „Mit diesem Signal würdigen wir die Leistungen unserer Soldaten, Beamten und Richter, die mit ihrem täglichen Dienst für unsere Sicherheit und für ein funktionierendes Staatswesen einstehen.“ Die Beamten, Richter und Soldaten hätten seit 2006 durch die Nichtauszahlung der Hälfte ihrer Sonderzahlung erhebliche Sparbeiträge zugunsten der Haushaltskonsolidierung des Bundes erbracht. In diesen sechs Jahren ist der Bundeshaushalt durch die Kürzungen bei der Sonderzahlung um rund drei Milliarden Euro entlastet worden. Das Geld wird übrigens nicht mehr als einmaliger Beitrag, sondern über das Jahr verteilt ausgezahlt. Damit steigt die monatliche Besoldung ab Januar 2012.

Koalition erreicht bessere Versorgung der Patienten

Gegen den Landarztmangel

Die christlich-liberale Koalition hat mit dem am Donnerstag beschlossenen Versorgungsstrukturgesetz dafür gesorgt, dass verwaiste Arztpraxen und lange Anfahrtswege für Patienten im ländlichen Raum der Vergangenheit angehören. Dabei hat die CSU-Landesgruppe erreicht, dass es nicht zu einer Vereinheitlichung der ambulanten vertragsärztlichen Vergütung in Deutschland kommt. Das liegt im Interesse Bayerns.

In den Großstädten Ärzte an jeder Ecke und in ländlichen Regionen lange Anfahrtswege für Patienten, ein solches Szenario ist für die christlich-liberale Koalition nicht hinnehmbar. Eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung ist ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen. Das Versorgungsstrukturgesetz zielt darauf, genau diese Versorgung auch auf dem Land sicherzustellen. Dort fanden in letzter Zeit viele Haus- und Fachärzte, die altersbedingt aufhören, keine Nachfolger. Die demografische Entwicklung hätte diesen Trend weiter verschärft.

Mit einem Bündel von Maßnahmen werden jetzt die Bedingungen für die Ärzte in ländlichen Regionen besser. Neben finanziellen Anreizen für die Mediziner auf dem Land werden auch die Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Be-

handlung durchlässiger. So können in unterversorgten Gebieten Ärzte von Reha- und Pflegeeinrichtungen künftig Patienten auch von außerhalb behandeln. Gemeinden haben mit dem Gesetz die Möglichkeit, Arztpraxen auch in Eigenregie zu betreiben. Weiter entwickelt wird auch die Bedarfsplanung: Die je nach Region unterschiedliche Alterszusammensetzung der Bevölkerung wird bei der Planung künftig berücksichtigt. Außerdem müssen die einzelnen Planungsbereiche nicht mehr automatisch den Stadt- und Landkreisen entsprechen, sondern können bedarfsgerecht neu festgelegt werden.

Das Gesetz sorgt auch für eine bessere ambulante spezialfachärztliche Versorgung. Dafür werden die Möglichkeiten der Kliniken erweitert, Patienten mit komplexen Krankheiten wie Krebs oder Multipler Sklerose

auch ambulant zu behandeln. Krankenhausärzte sowie niedergelassene Fachärzte können künftig unter einheitlichen Bedingungen Patienten mit seltenen Krankheiten oder besonderen Krankheitsverläufen versorgen.

Für Bayern war es in den Beratungen wichtig, dass es nicht zu einer bundesweiten Vereinheitlichung der ambulanten vertragsärztlichen Vergütung kommt, denn dies wäre zu Lasten der Ärzte in Bayern gegangen. Die Vergütung wäre auf dem heutigen Niveau festgeschrieben worden, während sie in anderen Ländern hätte steigen können. Der Honorarverlust hätte dabei je nach Modell zwischen 25 und 75 Millionen liegen können. Das hätte auch einen Attraktivitätsverlust bedeutet, der für das Ziel nicht förderlich gewesen wäre, auch in Zukunft genügend Haus- und Fachärzte nach Bayern zu ziehen.

Arbeitsmarkt

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Auf Rekordkurs

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Kurs. Die Zahl der Arbeitslosen ist auch im November gesunken, und zwar auf 6,4 Prozent. Einen Rekord kann dabei Bayern vermelden: Mit 3,3 Prozent weist der Freistaat die niedrigste Arbeitslosenquote in einem November seit 1991 auf. Die anhaltende positive Entwicklung ist ein Erfolg der Tarifparteien, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Deutschland sowie der vernünftigen Politik der christlich-liberalen Koalition im Bundestag. Das Ergebnis: Die Unternehmen sind gut ausgelastet und suchen in sämtlichen Branchen nach neuen Mitarbeitern. Im Ausland genießen deutsche Produkte höchste Anerkennung. Besonders in Schwellenländern wie Brasilien, Indien oder China sorgen hohe Qualität, hohe Zuverlässigkeit und die Langlebigkeit der Produkte für eine hohe Nachfrage nach „Made in Germany“.

Rostroter Revoluzzer

Der Linke-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic macht es sich und den Seinen nicht leicht: Nachdem er kürzlich einige Passagen der Geschäftsordnung seiner Fraktion für rechtswidrig erklärt hatte, scheiterte er nun bei der Wiederwahl zu deren Justitiar. Neskovic, der sich beharrlich durch Vorwürfe an unsere Sicherheitsbehörden hervortut, hat bereits eine schillernde Karriere hinter sich: Richter am Bundesgerichtshof, Kämpfer für ein „Recht auf Rausch“ durch Cannabis, politisch erst Sozi, dann Grüner, dann Linker. 2009 scheiterte er bei der Wiederwahl ins Parlamentarische Kontrollgremium, das die Arbeit der Geheimdienste überwacht. Erst im zweiten Anlauf fanden sich genug Unterstützer. Ob er das als Justitiar wieder versucht, ist fraglich. Renitenz goutieren die Rostrotten anscheinend nur, wenn sie sich gegen andere richtet.

Spendender Hippie

Die Piratenpartei hat einen prominenten und passenderweise auch ziemlich skurrilen Großspender hinzugewonnen: Niemand Geringeres als der ergraute Kommunarde Rainer Langhans schenkt der jungen Partei 20.000 Euro aus der Gage, die er im „RTL-Dschungelcamp“ kassiert hat. Das Geld solle in die Münchner Parteigeschäftsstelle sowie in die Organisation programmatischer Parteitage fließen, teilte der bayerische Landesverband mit. Außerdem habe der Alt-Hippie Interesse an der Errichtung einer Parteistiftung bekundet. Nach einem BILD-Bericht will er vielleicht sogar daran mitarbeiten. Ob als Spender oder als Parteigänger: Langhans empfinde „große Sympathie für die revolutionären und chaotischen Elemente in der Piratenpartei“. Der Alt-68er und die Neu-Politiker – da wächst doch wohl nicht zusammen, was zusammen gehört?

Kongress der Unionsfraktion

Afghanistan auch nach 2014 im Blick

Afghanistan benötigt auch nach einem Abzug der ISAF-Truppen 2014 die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Das war das Fazit eines Afghanistan-Kongresses, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion veranstaltete. Der Kongress mit Gästen aus dem In- und Ausland richtete auch den Blick auf die bevorstehende internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn.

Auf der Konferenz der Unionsfraktion bekräftigte Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière, dass die Verantwortung für die Sicherheit einzelner Regionen schrittweise an afghanische Sicherheitskräfte übergeben wird. Die Bundeswehrpräsenz in Afghanistan soll dabei in verantwortungsvollem Maße abgesenkt werden. Für die verbleibenden Soldaten dürfe aber keine Sicherheitslücke entstehen. Für den Gesamterfolg des Einsatzes mahnte der Verteidigungsminister auch Fortschritte im zivilen Bereich

Der Bundestag hat in dieser Woche die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina, am Horn von Afrika sowie im Mittelmeer verlängert. Für die christlich-liberale Koalition steht dabei fest, dass der Beitrag deutscher Soldatinnen und Soldaten bei unseren Partnern und Verbündeten überaus hohe Wertschätzung genießt. Er dient unseren Interessen und fördert das Ansehen Deutschlands.

und im innerafghanischen Versöhnungsprozess an. Daher müsse sich die internationale Gemeinschaft auch nach einem Abzug der Truppen 2014 weiter für Afghanistan engagieren. Das Land dürfe nicht wie nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 im Stich gelassen werden. Im Schlusswort der Konferenz bekräftigte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Dr. Christian Ruck, das Engagement der CDU/CSU-Fraktion für Afghanistan auch nach dem Abzug der Bundeswehr.

Kundus-Untersuchungsausschuss

Aufarbeitung abgeschlossen

Mit der Debatte zum Abschlussbericht des Kundus-Untersuchungsausschusses hat in dieser Woche die parlamentarische Aufarbeitung des Luftschlags gegen die von den Taliban entführten zwei Tanklastzüge beendet.

Der Untersuchungsausschuss hat nach zweijähriger Arbeit und eingehender Prüfung konkrete Verbesserungen in der anfänglich praktizierten Öffentlichkeitsarbeit des zuständigen Verteidigungsministeriums angeordnet, die allerdings vom Verteidigungsminister bereits unmittelbar nach dem Luftschlag im Jahr 2009 angegangen wurden. Die CDU/CSU-Fraktion hat die Aufklärung der Hintergründe des Bombardements zweiter Tanklastzüge bei Kunduz im September 2009 aus ganzer Kraft unterstützt und vorangetrieben. Das Ergebnis: Es gab Verstöße gegen Nato-Einsatzregeln beim Befehl zum Bombardement, aus heutiger Sicht ist der Luftschlag als «nicht angemessen» einzustufen. Allerdings hat der damals den Befehl gebende Oberst

auf der Basis der damals verfügbaren Erkenntnisse nach bestem Wissen und Gewissen zum Schutz der Soldaten gehandelt.

Die Aussage des Untersuchungsausschusses ist aus Sicht der christlich-liberalen Koalition aber auch: Die Aufklärungsarbeit wurde durch die Versuche, den Untersuchungsausschuss zu einem innenpolitischen Kampfmittel zu machen, deutlich erschwert. Dass die Koalition sich diesen Versuchen erfolgreich widersetzt hat, hat Schaden von der Bundeswehr und dem Verhältnis zur NATO abgewendet. Die Union bleibt die stärkste Stütze der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz – ihnen spricht die Unionsfraktion Dank, Respekt und jede politische Unterstützung aus.

Innere Sicherheit

Visa-Warndatei kommt

Die christlich-liberale Koalition hat den Weg für die Errichtung einer Visa-Warndatei frei gemacht. In erster Linie soll die Datei der Vermeidung von Visa-Missbrauch dienen, sie unterstützt aber auch den Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Mit der Visa-Warndatei unterstützt die Koalition die deutschen Visumbehörden bei ihren Aufgaben. In der Datei werden Daten zu Personen gespeichert, die wegen einer für das Visumverfahren relevanten Katalogstrafat verurteilt worden sind. Das können Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz oder das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sein, es können aber auch Straftaten im Zusammenhang mit Schleusung, Menschen- und Kinderhandel oder schwerster Drogenkriminalität sein. Auch Personen, die bereits wegen falscher Angaben im Visumverfahren aufgefallen waren, werden künftig von der Visa-Warndatei erfasst.

Bisher sind den Auslandsvertretungen in der Regel nur die von ihnen selbst erkannten Missbrauchsfälle bekannt. Erkenntnisse anderer Stellen, wie auch die Erkenntnisse anderer deutscher Auslandsvertretungen und Grenzbehörden erfahren sie nur zufällig oder auf Nachfrage im Einzelfall. Da oftmals die Gründe für die Ablehnung eines Antrages nicht in der Person des Antragstellers, sondern in der Person des Einladers liegen, hat die Arbeit der Vertretungen zusätzlich erschwert. Mit der Datei werden jetzt neben dem Antragsteller auch die Einlader, Verpflichtungsgeber und sonstige Referenzpersonen überprüft.

Die Daten aus dem Visumverfahren können künftig auch mit bestimmten Daten aus der Antiterrordatei automatisiert abgeglichen. Dies ermöglicht eine Rückmeldung an die Visumbehörden, wenn Personen aus dem terroristischen Umfeld beabsichtigen, nach Deutschland einzureisen. Auf die Daten können neben den Visumbehörden auch die Ausländerbehörden und die Bundespolizei, soweit sie den grenzüberschreitenden Verkehr regelt, zugreifen.